

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussvorsitzender Dr. Günther Schulte

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

stellv. Ausschussvorsitzender Georg Berner-Waindok

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir

Ausschussmitglied Christina Heide

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers

Ausschussmitglied Astrid Zaage

Freie Jugendhilfe

Ausschussmitglied Elke Heckmann

Ausschussmitglied Andreas Koût

Ausschussmitglied Gerda Rohlfing

Ausschussmitglied Rüdiger Schaarschmidt

beratende Mitglieder

Vertreteterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Sybille Martfeld

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Petra Schrecker-Steinborn

in der Jugendhilfe erfahrene Personen

beratendes Mitglied Bernhard Busemann und seine Vertreterin Johanna Wienker

Leiter Referat 6

beratendes Mitglied Carsten Feist

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Jugendamt

Thomas Neumann

Protokollführer

Jürgen Broda

Es fehlten entschuldigt

beratendes Mitglied Jürgen Hoffmann
Grundmandat Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Grundmandat Irina Moriß-Kappes
beratendes Mitglied Ellen Seehausen
beratendes Mitglied Renate Sopp-Dreyer

in der Jugendhilfe erfahrene Person
Grundmandat AfD-Fraktion
Grundmandat AfW-Fraktion
Gleichstellungsbeauftragte
Lehrervertreterin

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13. September 2017
- 4 Vorlage an den Jugendhilfeausschuss
- 4.1 Konzept zur Entlastung von Kindertagesstätten, in denen Kinder aus **322/2017** Familien mit Fluchterfahrung betreut werden
- 5 Ausweitung Tagesmüttereinsatz als hauptberufliche Tätigkeit (Sachstandsinformation)
- 6 Vorstellung der Produktberichte des Jugendamtes (Stand: 31. August 2017)
- 7 Mitteilungen und Anfragen
- 7.1 Jugendtreff St. Willehad – Terminverschiebung
- 7.2 10 Jahre Familien- und Kinderservicebüro

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Schulte eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte Frau Johanna Wienker zu ihrer ersten Sitzungsteilnahme und verpflichtete sie gemäß § 60 NKomVG. Sie ist Vertreterin von Herrn Bernhard Busemann; an dieser Sitzung nahmen beide gemeinsam teil.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Feststellung der Tagesordnung erfolgte einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13. September 2017

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13. September 2017 wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlage an den Jugendhilfeausschuss

4.1 Konzept zur Entlastung von Kindertagesstätten, in denen Kinder aus Familien mit Fluchterfahrung betreut werden **322/2017**

Herr Neumann stellte anhand einer Powerpoint-Präsentation (**Anlage 1**) das von der Verwaltung in einer Arbeitsgruppe erarbeitete Konzept zur Entlastung von Kindertagesstätten, in denen Kinder aus Familien mit Fluchterfahrung betreut werden, vor.

Er ergänzte seine Präsentation dahingehend, dass seit Juli 2017 die Zahl der Kinder aktuell (31. Oktober 2017) um noch weitere 143 auf nunmehr 600 gestiegen sei. Um zu dem Ziel der möglichst frühen Integration aller Kinder kommen zu können, sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Koordinierungsstelle Migration im Elementarbereich
 - Organisation
 - Pädagogik

- Verteilung von Kindern mit Fluchterfahrungen
 - Übernahme von Fahrkosten
- Zusätzliches Fachpersonal (QuiK)
- Zusätzliche Finanzausstattung
- Sprecherinnen und Sprecher aus dem Elementarbereich
- Trauerprozesse konzeptionell absichern
- Zentrale Platzvergabe (geplante Einführung ab Kita-Jahr 2019/2020)

Neben zusätzlichen Kosten für die Schaffung neuer Krippen- und Kindergartenplätze würde für diese vorgeschlagenen Maßnahmen ein Gesamtaufwand in Höhe von jährlich ca. 464.500,00 Euro erforderlich werden. Neben einigen Kompensationsmöglichkeiten führe vor allem die vom Land Niedersachsen für zusätzliches Fachpersonal (Stichwort 3. Fachkraft) für 20 Kindergartengruppen in Wilhelmshaven zugesicherte Personalkostenerstattung im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten (QuiK) dazu, dass der zu erwartende **kommunale Mehraufwand** lediglich bei ca. **28.500,00 Euro** pro Jahr liegen dürfte.

Einhellig wurden von den Ausschussmitgliedern die geleistete Arbeit anerkannt und die sich daraus ergebenden Ergebnisse gelobt.

Herr Busemann regte an, dass man nach einiger Zeit evaluieren sollte.

Die Fragen einiger Ausschussmitglieder zur Onlineanmeldung beantwortete Herr Neumann dahingehend, dass man sich aktuell bereits informiert habe und noch bei weiteren Anbietern informieren werde. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Trägervertretern sei geplant. Um eine „gerechtere Verteilung“ der Kinder auf die Einrichtungen zu ermöglichen, seien dabei genau zu überlegende Verteilungskriterien festzulegen und dabei natürlich auch das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern zu berücksichtigen. Er machte auch deutlich, dass es sich bei der Onlineanmeldung nicht um ein besonderes Verfahren (nur) für Flüchtlingskinder handeln werde, es gelte für alle.

Frau Schrecker-Steinborn lobte die Einführung der Richtlinie QuiK durch das Land Niedersachsen. Hier sei es u. a. auch möglich, neben der Einstellung „klassischen“ Fachpersonals als 3. Kraft in den Gruppen noch zu qualifizierendes Personal einstellen zu können.

Herr Schaarschmidt informierte, dass das Familien- und Kinderservicebüro (FaKiS) eine solche Qualifizierung ermöglichen könne.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Umsetzung des in der Anlage angefügten Konzeptes zur Entlastung von Kindertagesstätten, in denen Kinder aus Familien mit Fluchterfahrung betreut werden.

5 Ausweitung Tagesmüttereinsatz als hauptberufliche Tätigkeit
(Sachstandsinformation)

Herr Feist stellte mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation (**Anlage 2**) die mögliche Weiterentwicklung der Kindertagespflege (Verberuflichung, Großtagespflege) in Wilhelmshaven vor. Frau Schrecker-Steinborn hatte in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13. September 2017 der Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag gestellt.

Bei einem beispielhaft unterstellten Modell mit 10 hauptberuflichen Tagespflegepersonen (jeweils 5 Plätze), der Organisation über einen freien Träger und unter Berücksichtigung von Mietkosten für zwei Wohnungen (Großtagespflege) ergäben sich aufgrund von unterschiedlichen Finanzierungsbeispielen Kosten je Platz und Jahr zwischen 2.015,00 Euro und 4.365,00 Euro. Bei einer Betreuung im Kindergarten liegen die Betriebskosten aktuell bei rund 2.800,00 Euro zuzüglich ca. 1.500,00 Euro für Elternbeiträge, also somit bei 4.300,00 Euro pro Kindergartenplatz pro Jahr.

Als Fazit stellte er fest, dass ein solches Modell eine sozialversicherungspflichtige Perspektive – auch für Langzeitarbeitslose – böte, es sich, bezogen auf Betreuungszeiten und Bedarfe, um ein flexibles System handle und eine Ergänzung zu bestehenden Angeboten in Kindertagesstätten darstelle. Darüber hinaus sei damit auch der Einstieg in eine berufliche Qualifizierung als pädagogische Fachkraft möglich.

Nach der sich anschließenden lebhaften und umfangreichen, sich zwischen flexibler andererseits pädagogisch weniger hochwertiger Lösung bewegenden Diskussion mit dem „Dilemma“ des ja bestehenden akuten Handlungsbedarfes, was auch mit einem pragmatischen Umdenken verbunden sein könne, werden die Fraktionen und Gruppierungen jeweils intern ihre Position festlegen.

Auf die Nachfrage von Herrn Schaarschmidt antwortete Herr Feist, dass man im Anschluss an die in den Fraktionen geführten Diskussionen verwaltungsseitig ein Feedback einholen werde. Sollte dabei der Eindruck entstehen die Großtagespflege und die Verberuflichung einführen zu wollen, werde man dann eine Beschlussvorlage einbringen.

6 Vorstellung der Produktberichte des Jugendamtes
(Stand: 31. August 2017)

Herr Feist gab mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation **(Anlage 3)** den sich in regelmäßigen Abständen wiederholenden, jeweils aktuell angepassten, Einblick in den Haushalt des Jugendamtes.

Er beschränkte seinen Vortrag wieder auf die wesentlichen Produkte, die da sind: Vollzeitpflege, Heimerziehung, Eingliederungshilfe, UMA (unbegleitet minderjährige Ausländer), Tageseinrichtungen und Jugendzentren.

Der voraussichtliche Mehrbedarf bei der Vollzeitpflege in Höhe von 0,51 Mio. Euro wurde bereits nachbewilligt.

Bei den Fallzahlen im Bereich der Heimerziehung merkte er positiv an, dass nicht wie in den Vorjahren, mit einem Anstieg zu rechnen sei.

Bei der Eingliederungshilfe sei eine Entwicklung festzustellen, die sich kontinuierlich weiterentwickelt habe und in der unzureichend umgesetzten Inklusion in den Schulen begründet ist.

Im Bereich UMA erfolge zwar eine 100%ige Erstattung durch das Land Niedersachsen, welches sich aber mit den Erstattungsleistungen zeitlich massiv im Rückstand befände.

Neben noch weiteren Risiken (siehe letzte Seite der Anlage 3) wies er insbesondere auf wenig belastbare Planungsgrundlagen im Bereich der UMA, unbekannte Zuzüge mit hohen HzE-Kosten, den steigenden Bedarfen in der U3-Betreuung und auf zu erwartende höhere Betriebskosten in den Kindertagesstätten hin.

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Jugentreff St. Willehad - Terminverschiebung

Herr Bolten gab bekannt, dass die Einweihung des Jugentreffs – geplant für den 18. November 2017 – verschoben werden muss. Ein neuer Termin stehe noch nicht fest, dieser werde aber rechtzeitig bekanntgegeben.

7.2 10 Jahre Familien- und Kinderservicebüro

Herr Schaarschmidt wies auf das bevorstehende 10jährige Bestehen des Familien- und Kinderservicebüros in Wilhelmshaven hin. Ein Empfang werde am Freitag, den 10. November 2017, zwischen 11.00 und 13.00 Uhr, im Ev. Gemeindehaus Heppens in der Heppenser Str. 29, stattfinden.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17.10 Uhr

gez.

Feist
Leiter Referat 6

gez.

Dr. Schulte
Vorsitzender

gez.

Broda
Protokollführer